

Zur politischen Kultur
Italiens in Zeiten
des Berlusconismus

Die Entleerung der Demokratie

Thomas Jansen

Wenn man die politische Entwicklung Italiens der letzten zwanzig Jahre in den Blick nimmt, zeigt sich, wie stark die Veränderungen an einzelnen wichtigen Komponenten des politischen Systems die politische Kultur beeinflussen.

Das politische System Italiens ist in dieser Zeit in starker Bewegung gewesen, und diese Bewegung ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Veränderungen, die dabei durch Modifikationen der Verfassung und von Gesetzen vorgenommen wurden, betreffen vor allem das Parteiensystem.

Bewegliche Parteienlandschaft

Dadurch hat sich die Parteienlandschaft zweimal radikal verändert. In der „ersten Republik“, seit Ende der 1940er-Jahre, dominierten die beiden großen Volksparteien der Christlichen Demokraten (als permanente Regierungspartei) und der Kommunisten (als permanente Oppositionspartei); eine Reihe kleinerer Parteien (der Sozialdemokraten, der Sozialisten, der Republikaner und der Liberalen) garantierten als Koalitionspartner der *Democrazia Cristiana* (DC) die Mehrheit in der Mitte, während der neofaschistische *Movimento Sociale Italiano* (MSI) vom „Verfassungsbogen“ ausgeschlossen blieb.

Nach dem Zusammenbruch dieses Systems wurde zu Beginn der 1990er-Jahre ein neues Wahlrecht eingeführt, das die politischen Kräfte bei einer Reduzierung der Zahl der im Parlament vertretenen Parteien in zwei Lager teilen und den

politischen Wettbewerb zwischen diesen ermöglichen sollte.

Die Bipolarität wurde erreicht. Nach einem gewissen Hin und Her einzelner politischer Gruppen und Parteien, die sich ihres Ortes anfangs nicht sicher gewesen waren, standen sich schließlich ein rechtes und ein linkes Lager in zunehmender Unversöhnlichkeit gegenüber. Allerdings leistete das neue Wahlrecht nicht die Übersichtlichkeit der Parteienlandschaft durch Verringerung der Konkurrenten, deren Proliferation bei Abwesenheit eines Parteiengesetzes immer wieder von persönlichen oder ideologischen Ambitionen beflügelt wurde. Die großen Parteien auf der Linken und auf der Rechten boten allen möglichen kleineren Gruppen Bündnisse an, um ihnen, in der Hoffnung auf eine Verbreiterung der eigenen Wählerbasis und unter Umgehung der vorgeschriebenen Prozentklauseln, zu Parlamentssitzen zu verhelfen. Eine permissive parlamentarische Geschäftsordnung führte sodann wieder zu einer Vielzahl von Fraktionen.

Seitdem stellte sich die Parteienlandschaft zwar nicht vereinfacht, jedoch stark verändert dar: aus der Konkursmasse der DC entstanden mehrere kleine Parteien, die sich nach links (*Partito Popolare Italiano* – PPI) oder nach rechts (*Cristiani Democratici Uniti* – CDU und *Centro Cristiano Democratico* – CCD) orientierten. Aus der Kommunistischen Partei wurde die Partei der Linken (PDS), die allerdings im Zuge ihrer Umwidmung mehrere Abspaltungen am linken Rand ertragen

musste; mit dem Ergebnis, dass sich nun links vom PDS einige kleine kommunistische, linkssozialistische und grünradikale Parteien tummelten, die sich durch Spaltungen auch noch vermehrten. Rechts vom PDS befanden sich, mit einer Tendenz zur Mitte, neben dem PPI verschiedene Gruppierungen, die den vormaligen Radikaldemokraten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen eine vorläufige Heimat boten; sie schlossen sich umfassenderen Mittel-links-Koalitionen unter Führung des PDS an und vereinigten sich schließlich zum Parteienbündnis *Margherita*.

Im rechten Spektrum gründete Silvio Berlusconi die Bewegung *Forza Italia* (FI), die einen großen Teil der Wählerschaft vor allem der DC, aber auch der anderen, mit ihr früher verbündeten Parteien anzog. In der Koalition mit der *Lega Nord* (Lega), der *Alleanza Nazionale* (AN) – der Nachfolgerin des neofaschistischen MSI, und der Christlichen Demokraten (CDU und CCD) übernahm Berlusconi seit 1994 im Wechsel mit Mitte-links-Regierungen unter Romano Prodi und Massimo D'Alema mehrfach die Regierungsverantwortung.

Schließlich kam es im Oktober 2007, angesichts des spektakulären Scheiterns der Regierung Prodi, der es mit einer unmöglichen Koalition aller Kräfte links von der Mitte unter Einschluss der verschiedenen kommunistischen Splittergruppen zu tun hatte, zur Gründung der *Partito Democratico* (PD), der im Wesentlichen *Margherita* und PDS zusammenfasste. Aufgrund der in dem breiten Linksbündnis gemachten Erfahrungen beschlossen seine Gründer, in Zukunft ohne Verbündete zur Wahl anzutreten. Das führte bei den folgenden Wahlen tatsächlich zu einem Ausschluss sämtlicher Splittergruppen links vom PD aus dem Parlament.

Die turbulente Entwicklung der Parteienlandschaft hat im Laufe der beiden zu-

rückliegenden Dekaden schließlich doch zu einer Vereinfachung durch eine starke Reduzierung der im Parlament vertretenen und in der politischen Debatte maßgebenden Parteien geführt. Denn die Konzentration im linken Lager provozierte rechts von der Mitte den Zusammenschluss von FI und AN im *Popolo della Liberta* (PdL), dem sich acht kleinere Formationen anschlossen. Als Koalitionspartner in der Regierung, die aus den Wahlen vom April 2008 hervorgegangen ist, steht dieser Formation die Lega unter Führung von Umberto Bossi zur Seite. Diese Koalition verfügte am Tag nach der Wahl über eine außerordentlich breite Mehrheit, nachdem das im Jahre 2005 verabschiedete Wahlgesetz der Partei, die die relative Mehrheit der Stimmen erhält, eine Prämie zuweist, die ihren Anteil an Mandaten auf 55 Prozent hochrechnet.

In der Opposition befindet sich seit den letzten Wahlen neben der zurzeit von Pierluigi Bersani geführten PD die Partei *Italia dei Valori* („Italien der Werte“), eine Neugründung (2004) des ehemaligen Staatsanwalts Antonio di Pietro, der auf Fundamentalopposition setzt.

Charismatische Parteiführer

Mit Ausnahme des PD, der seit seiner Gründung im Herbst 2007 bereits zweimal einen Führungswechsel ertragen musste, leben alle diese Parteien vornehmlich von ihren charismatischen Führern, deren Namen sie in ihrem Logo führen. Am weitesten treibt der PdL seine Abhängigkeit von seinem Führer, Silvio Berlusconi, ohne den es diese Partei nicht geben würde. Seine Existenz, seine Intuition, sein Wille und sein Erfolg sind ihre einzigen Inhalte. Tatsächlich gibt es im PdL keine demokratische Struktur, es gibt kein von den Gliederungen diskutiertes Programm, das der Partei eine Identität geben könnte. Die Willensbildung verläuft ausschließlich von oben nach unten. Ihre Legitimität bezieht die Partei aus-

schließlich aus ihren Wahlerfolgen, die sie wiederum Silvio Berlusconi verdankt, dessen Stärke in dem sorgfältig gepflegten Image besteht, in der Lage zu sein, Probleme entschlossen anzupacken und schnell zu lösen.

Die Lega, die zwar auch auf das Charisma ihres Führers, Umberto Bossi, setzen kann, ist demgegenüber eine wirkliche Partei mit einer flächendeckenden Organisation, die lokal und regional stark verwurzelt ist und Wert auf die Arbeit an der Basis und das Gespräch mit den Bürgern legt. Daraus bezieht sie ihre Kraft, die sich zunehmend in Wahlerfolgen im Norden des Landes niederschlägt. Programmatisch setzt die Lega auf den Föderalismus, zunächst auf einen sogenannten Steuer-Föderalismus, der dafür sorgen soll, dass das jeweilige Steuer-Aufkommen in der Region bleibt, in der es erwirtschaftet wird. Letztlich geht es ihr aber um eine weitestgehende politische Autonomie der Regionen.

Damit trifft die Lega eine besonders im Norden des Landes populäre Abwehrhaltung gegen den römischen Zentralismus, dessen Wirkung vielfach gleichgesetzt wird mit der Ausbeutung der entwickelten Regionen im Norden und ihrer fleißigen Bewohner durch den unterentwickelten Süden. In weiten Teilen Venetiens, des Piemont und der Lombardei ist die Lega heute die führende Kraft und in der Koalition mit dem PdL bestimmend.

Der PD hat es bislang nicht geschafft, ein überzeugendes Profil zu gewinnen. Er leidet unter Identitätsproblemen. Die Integration seiner Mitglieder und der führenden Persönlichkeiten, die aus sehr unterschiedlichen Richtungen kommen, ist noch nicht gelungen. Es gibt deshalb auch keine vereinbarte Programmatik. Das wird mehr und mehr als Handicap empfunden, nachdem sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass der Anti-Berlusconismus zwar die Anhänger mobilisiert, aber darüber hinaus nicht weit trägt.

Als einzige noch selbstständig existierende Nachfolgepartei der DC entzieht sich die aus dem Zusammenschluss von CCD und CDU hervorgegangene *Unione di Centro* (UDC), unter der Führung von Pierferdinando Casini erfolgreich dem Werben Berlusconis, eine Verbindung mit dem PdL einzugehen oder sogar im PdL aufzugehen. Sie bemüht sich um einen Kurs der Mitte, der als Angebot für eine neue Politik für die Zeit nach Berlusconi verstanden sein will. Im Vorfeld der letzten Regionalwahlen wurde sie von rechts und von links als Koalitionspartner umworben und wählte ihre Positionierung jeweils nach der Persönlichkeit des Spitzenkandidaten der sie umwerbenden Partei und des von ihm vertretenen Programms. Auf diese Weise sichert sie sich eine gewisse Präsenz mit einem entsprechenden Einfluss im Lande. Das stärkte ihre selbst gewählte, relativ schwache Rolle als Einzelgänger in einem bipolaren System, das auf Konfrontation ausgerichtet ist.

Mit dieser Entwicklung einhergegangen ist eine außerordentliche Verarmung des innerparteilichen Gesprächs und eine Verrohung der Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Nicht die Probleme des Landes oder die Projekte zu ihrer Lösung stehen auf der Tagesordnung der politischen Debatte, sondern tatsächliche oder vermeintliche Skandale. Das Klima ist vergiftet, wozu die durchweg parteiliche Presse und insbesondere das überwiegend mediokre Fernsehen durch vergrößernde Berichterstattung und eine große Zahl von scharfmacherischen Talkshows erheblich beiträgt. Und wenn es auch nicht einfach ist, im Einzelfall auszumachen, wer die Schuld an dieser oder jener Polemik und Schlammschlacht trägt, so ist doch zweifellos Berlusconi der Hauptverantwortliche für dieses Desaster, das zur Entleerung der Demokratie führt.

Diese inhaltliche Leere und die daraus folgende Lähmung des demokratischen

Lebens ist auch eine Konsequenz des von Berlusconi durchgesetzten, 2008 erstmals angewandten Wahlgesetzes von 2005, das die Auswahl der Kandidaten und damit auch der Gewählten ausschließlich den Parteiführungen auf nationaler Ebene überlässt. Den Kandidaten wird keinerlei Bewährung abverlangt. Sie brauchen sich auch nicht den Wählern gegenüber zu legitimieren. Sie müssen nicht einmal das Vertrauen der Parteifreunde in einem Wahlbezirk gewinnen. Es reicht, dem Führer zu gefallen. Dadurch sind insbesondere in die Fraktion des PdL allzu viele politische Dilettanten gelangt, vielfach Lakaien des Mächtigen, die nur sich selbst repräsentieren und die zur Lösung der Probleme des Landes auch deshalb nichts beitragen können, weil ihnen der Kontakt zur Wirklichkeit fehlt.

Der Regierungschef, Silvio Berlusconi, wird seit Jahren wegen verschiedener Straftatbestände, die ihm im Zusammenhang mit Handlungen als Unternehmer zur Last gelegt werden, von den Justizbehörden verfolgt. In manchen der gegen ihn vorgebrachten Klagen mag es sich um den politisch motivierten Übereifer des einen oder anderen Staatsanwalts handeln. Tatsächlich ist ein Teil der italienischen Magistratur stark politisiert. Das geht zurück auf die Zeit der „Mani pulite“ („Saubere Hände“), als zu Beginn der 1990er-Jahre Richter und Staatsanwälte im Kampf gegen die Korruption in der Politik das System der „ersten Republik“ zu Fall brachten.

Berlusconiismus

In den bisher abgeschlossenen Fällen wurde Berlusconi freigesprochen, in anderen gelang es seinen Verteidigern, die Anklage niederzuschlagen. Wie dem auch sei: Entscheidend für die politische Kultur des Landes war und ist, wie Berlusconi darauf reagiert. Einerseits beschimpft er die Richter und die Staats-

anwälte regelmäßig als Kommunisten und als obskure Mächte, die ihn daran hindern wollen, zum Besten Italiens und der Italiener seiner Regierungsverantwortung gerecht zu werden. Andererseits bemüht er sich mit bemerkenswerter Insistenz um die Verabschiedung von Gesetzen, die ihn vor Strafverfolgungen schützen sollen. Die wiederholten Ankündigungen, eine grundlegende und dringend notwendige Reform des verkrusteten, schlecht ausgerüsteten und wenig effektiven Justizwesens durchführen zu wollen, verlaufen sich regelmäßig im Streit um den Schutzschirm, den der jeweilige Justizminister für den Regierungschef in Vorschlag bringt.

An dieser obsessiven Bemühung um Gesetze *ad personam* entzündet sich ein Großteil der Polemik seitens der Opposition – und neuerdings auch seitens eines Teils seiner ehemaligen Mehrheit, nämlich der vom Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Gianfranco Fini, angeführten Gruppe einer erheblichen Anzahl von Abgeordneten und Senatoren, die unter dem Namen *Futuro e Liberta* (FL) in beiden Häusern eigene Fraktionen gebildet und in bewusster Abkehr vom Berlusconiismus eine eigene Partei gegründet haben.

Berlusconi steht auch unter ständiger Anklage seiner Gegner wegen seiner seltsamen Beziehungen zu jungen Frauen mit zweifelhaftem Ruf, die offensichtlich zu den ständigen Gästen der Feste gehören, die er in seinen verschiedenen Villen mit Freunden und Getreuen feiert. Das wird von seinen Anhängern als sein Privatleben abgetan, das niemanden etwas angehe, während Berlusconi selbst bei Gelegenheit in der Öffentlichkeit damit prahlt und mit mehr oder weniger gelungenen, oft geschmacklosen Witzen an das Machotum vieler Italiener appelliert und um Verständnis buhlt. Die Beunruhigung des Publikums über diese Eskapaden hat sich über die lange Strecke der letzten

fünfzehn Jahre in Grenzen gehalten. Vieles wurde Berlusconi nachgesehen, solange er als Sieger und erfolgreicher Macher erschien. Allerdings entsteht nun doch mehr und mehr der Eindruck, dass der Regierungschef über allen seinen privaten Händeln und Interessen vergessen habe zu regieren. Verdeckt wurde dieser Umstand lange dadurch, dass die wichtigsten Mitglieder seiner Regierung auf ihren Gebieten ordentliche Arbeit leisten und alles tun, was ihnen nötig erscheint, um mit den aktuellen Problemen fertig zu werden. Ein Kurs der Regierung wird jedoch nicht erkennbar.

Die meisten der im Wahlkampf angekündigten Reformen (Schule, Verwaltung, Justizwesen, Steuern, Gesundheit et cetera) sind irgendwie stecken geblieben oder gar nicht erst in Angriff genommen worden. Die Ankündigung, der kein entsprechendes Handeln folgt, ist ein typisches Kennzeichen des Populismus. Und Berlusconi ist durch und durch ein Populist, der den Leuten nur das sagt, was sie gerne hören. Er ist ein Populist aber auch in dem Sinne, dass ihn die staatlichen Institutionen und Verfassungsorgane nicht interessieren, sondern ihm eher lästig sind. Besonders das Parlament, in dem er sich kaum je blicken lässt, ist für ihn erklärtermaßen eine überflüssige Anstalt, die ihn am Regieren hindere. Auch das Amt des Staatspräsidenten, der nicht immer so will wie die Regierung, weil er darauf verpflichtet ist, die Verfassungsmäßigkeit ihrer Entscheidungen zu prüfen, gehört zu dieser Kategorie, zumal Berlusconi den gegenwärtigen Amtsinhaber, Giorgio Napolitano, wegen seiner Vergangenheit in der kommunistischen Partei offensichtlich für nicht sanktionsfähig hält.

Was Berlusconi interessiert, ist die Zustimmung des Volkes oder besser: seines Volkes, will heißen: seiner Wähler. Seine Partei trägt deshalb die Bezeichnung „Popolo“ (Volk). Das ist sein Volk.

Die anderen sind Kommunisten, Verräter oder Übelwollende.

Es ist bemerkenswert, dass die innerparteiliche Rebellion gegen den Berlusconi nicht von den ehemaligen Christlichen Demokraten, Sozialisten oder Liberalen ausgeht, die nach dem Zusammenbruch des Systems der „ersten Republik“ in Berlusconis *Forza Italia* geflüchtet waren, sondern von dem einst geächteten Führer der ehemaligen Postfaschisten, Gianfranco Fini, der sich nun, angesichts der problematischen Verhaltensweisen des Regierungschefs, als Garant der Rechtsstaatlichkeit, der politischen Ethik und der Demokratie hervortut. Er hatte sich noch im Jahre 2008 darauf eingelassen, der Fusion seiner *Alleanza Nazionale* mit *Forza Italia* zuzustimmen. Das eröffnete ihm immerhin die Aussicht auf die Nachfolge an der Spitze der aus dieser Fusion hervorgegangenen neuen Partei nach Abgang des um fünfzehn Jahre älteren Berlusconi. Gleichzeitig dokumentierte er damit endgültig den Bruch mit der faschistischen Vergangenheit. Die durch die Fusion ermöglichte Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei sicherte ihm schließlich den Anschluss an den demokratischen Mainstream.

Im Zusammengehen mit Berlusconi in der gemeinsamen Partei wird Fini schon bald erfahren haben, dass dort wenig Raum für ein demokratisches Leben, für Dialog und Mitgestaltung vorhanden war. Als Präsident der Abgeordnetenkammer ist er zudem darauf verpflichtet, den Respekt vor den demokratischen und parlamentarischen Rechten und Regeln einzufordern, wozu der Regierungschef ihm reichlich Anlässe gegeben hat. Das trug Fini zunehmend die Anerkennung der regierungskritischen Öffentlichkeit ein, während die Entfremdung von der Führung seiner eigenen Partei zunahm und schließlich, im Herbst 2010 zum Bruch führte, als Berlusconi ihn aus der gemeinsam gegründeten Partei ausschloss.

Ein von der Gruppe um Fini im Einvernehmen mit der UDC betriebenes und von den anderen Oppositionsparteien unterstütztes Misstrauensvotum hat Berlusconi am 14. Dezember 2010 mit drei Stimmen nur knapp überstanden, nachdem die bereits verloren gegangene Mehrheit noch einmal wiederhergestellt werden konnte, wobei offenbar Korruption im Spiel war. Ein Pyrrhussieg, der das Ende des Berlusconiismus wohl kaum aufhalten kann.

Es ist verständlich, dass die Opposition angesichts eines solchen Gegners unter einer gewissen Fixiertheit auf denselben leidet. Aber die ständigen Angriffe, Anklagen, Rücktrittsforderungen und Polemiken lenken sie davon ab, eine glaubwürdige Alternative aufzubauen, das Gespräch mit den Bürgern und den gesellschaftlichen Kräften zu suchen, ihre Organisationen zu pflegen und sachpolitische Vorschläge auszuarbeiten. Das gilt besonders für den PD. Aber auch hier zeigt sich neuerdings Widerstand. Er geht von der Peripherie aus, von Bürgermeistern und Regionalpolitikern, die es nicht länger hinnehmen wollen, dass die Parteiführung in Rom in ihrer oppositionellen Schockstarre verharret.

Neue Perspektiven

Die dem gegenwärtigen Wahlrecht entsprechenden „leichten“ oder „charismatischen“ Parteien, deren Prototyp Berlusconi's *Forza Italia* war, wollen nicht nur ohne demokratische Strukturen und ohne Programm auskommen, sondern auch ohne eine interne, meinungsbildende Debatte. Das aber steht in krassem Gegensatz zum politischen Instinkt der Italiener und ihrer rhetorischen Kultur. Schon deshalb kann mit einer Nachhaltigkeit dieses Modells nicht gerechnet werden. Seine Überwindung ist bereits im Gange.

Die seit einiger Zeit zu beobachtende Gründung einer beträchtlichen Zahl von

Stiftungen, Diskussionszentren und Vereinigungen innerhalb oder am Rande der Parteien deutet darauf hin, dass die demokratischen Reflexe und die Bereitschaft zur Partizipation und Mitgestaltung nicht zum Erliegen gebracht wurden. Die Stiftungen von Gianfranco Fini (*Fare Futuro*) und dem früheren Ministerpräsidenten und Parteichef der Linken, Massimo D'Alema (*Italiani Europei*), haben mit ihren Veranstaltungen zunehmend den politischen Diskurs beleben können.

Es ist ganz offenkundig, dass ein Zusammenhang besteht zwischen dieser kulturellen Bewegung und der politischen Aktion, die sowohl im rechten wie im linken Lager auf eine demokratische Erneuerung dringt.

Hier bahnt sich offensichtlich eine Rückkehr zu einer allzu lange unterdrückten Normalität an, die zu Beginn der 1980er-Jahre folgendermaßen beschrieben werden konnte: „Mit dem ausgeprägten Engagement der Intellektuellen (und zwar nicht nur der links orientierten) korrespondiert ein nicht weniger kräftiges kulturelles Engagement der Politiker. Es ist geradezu ein Kennzeichen Italiens, dass ‚Kultur‘ und ‚Politik‘ sich nicht in zwei voneinander getrennten Bereichen vollziehen, sondern in die permanente Debatte über die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung einbezogen sind.“ (Thomas Jansen: „Die Normalität der Krise. Zur politischen Kultur Italiens“, in: *Politische Meinung*, Heft 200/1982, Seiten 35 bis 41.)

Es ist zu hoffen, dass das politische Leben dieses Landes nach Überwindung des Berlusconiismus wieder Anschluss an diese Tradition finden wird, die dem Temperament und der politischen Intelligenz der Italiener viel besser entspricht als die Anomalien, unter denen Italien zurzeit noch leidet.